

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 153

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—
monatlich M. 27.

Halver

Montag, den 3. Juli 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
60 Pfg., auswärts 70 Pfg. im Reklameteil 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 3.— M.
Offerten-Beforgung 3.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für stille Leser

* Bei den Nachforschungen nach den Mördern Rathenaus wurde eine Reihe wichtiger Verhaftungen vorgenommen.

* Eine neue Ausnahmeverordnung wird durch die Reichsregierung veröffentlicht. Die Verordnung droht Todesstrafe für Verschwörungen gegen das Leben der Mitglieder der republikanischen Regierung an.

* Die innere Krise erscheint beseitigt. Mittel- und Linksparteien haben sich über die Getreidemenge geeinigt, deren Annahme im Reichstage gesichert erscheint.

* Die Mehrheit der in Berlin versammelten Ministerpräsidenten der Länder hat eine Übereinstimmung über die Form des zu erlassenden Gesetzes zum Schutze der Republik erzielt.

* Der Dollar stellte sich an der Berliner Freitagsbörse auf 27,50 Mark.

Und doch Sanktionen?

Unbestimmt um alles, was sonst in der Welt vorgeht, um die Ermordung Rathenaus, um die englisch-italienischen Verhandlungen, die sich zurzeit in London abspielen, um die deutsche Stellungnahme der amerikanischen Politik und Wirtschaft gegen den Wahnsinn der europäischen Selbstzerfleischung, flüchtet die französische Regierung ihren Kurs. Fast sieht es so aus, als warte Herr Poincaré nur auf den Augenblick, da der allgemeine Zusammenbruch, der heute schon als völlig unvermeidlich erscheint, eintritt, um sich dann auf Grund längst gefasster Beschlüsse mit blitzartiger Schnelligkeit auf Deutschland zu werfen. Anders wenigstens ist seine Haltung gegenüber den Interpellationen, die jetzt im Senat in Paris zur Besprechung kamen, kaum zu erklären.

Die Interpellanten billigen wohl die bisherige Politik der Regierung, die dahingehet, daß die Frage der Kriegsschulden und der Wiedergutmachung unbedingt den Vorrang vor dem russischen Problem zu beanspruchen hätte. Nur eine günstige Lösung dieser Grundfragen könne gute Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland wiederherstellen. Aber man sei sich nachgerade auch in Frankreich darüber klar geworden, daß der Vertrag von Versailles nicht die Möglichkeit gebe, diesen Erfolg zu erzielen. Die finanziellen Leistungen, zu den eine Deutschland verpflichtet, reichen nicht hin, um das immer größer werdende französische Defizit zu decken. Sünden sich Frankreich und Deutschland noch lange so gegenüber wie jetzt, so müsse es zu einem Konflikt kommen. Deshalb solle man zu dem Gedanken der internationalen Anleihe zurückkehren, und Pflicht der Regierung sei es, dazu die Initiative zu ergreifen, damit das Problem der Wiedergutmachung endlich aus der Welt geschafft werde. Als ein zweiter Interpellant meinte, daß die Regierung sich endlich zwischen der Methode der brutalen Gewalt und der Methode der internationalen Verhandlungen zu entscheiden habe. Wollte sie zur Gewalt greifen, dann müsse sie allein und schnell handeln, denn die Zeit arbeite für Deutschland. Eine Verbindung beider Methoden, wie man sie in London immer betriebe, habe zu gar keinem Ergebnis geführt. Die Bankiers hätten die Anleihe nicht abgelehnt, sondern sie nur für den Augenblick als ungünstig bezeichnet. Eine Herabsetzung der deutschen Kriegsschulden sei aber nur möglich, wenn auch die französischen Kriegsschulden herabgesetzt würden. Der Ministerpräsident solle klar und bestimmt sagen, was er tun wolle, Frankreich könne jede Wahrheit vertragen, müsse sie aber endlich fordern.

Dieser Aufforderung zur Deutlichkeit kam Herr Poincaré in seiner Antwort auf die Interpellationen allerdings nur bis zu einem gewissen Grade nach. Er erklärte an, daß Frankreich an einem Wendepunkt des Weges stehe, den es bis jetzt gegangen sei, und gab zu, daß dafür gesorgt werden müsse, daß dieser Weg in keine Sackgasse führe. Im übrigen aber verwies er auf die im Gange befindlichen Arbeiten des Garantiekomitees, deren Abschluß für den Juli bevorstehe. Schon jetzt aber bezeichne er es als seine Aufgabe, eine strenge Finanzkontrolle über Deutschland zu schaffen. Frankreich wolle sich nicht von seinen Verbindungen trennen, aber es gebe keine seiner Rechte auf, die ihm nach dem Vertrag von Versailles zustehen. Eine Abschwächung dieses Vertrages auch nur im Sinne der Interpellanten müsse er ablehnen. Frankreichs Recht müsse Recht bleiben. Diese allgemeinen Redewendungen des Ministerpräsidenten, die aus bestimmten Gründen über das, was er schon oft vor der Kammer gesagt hat, ja nicht wesentlich hinausgehen, werden dafür in den Presseerörterungen über diese Senatsitzung um so offener ergänzt. Das „Echo de Paris“ versteht Poincarés Rede als Ankündigung gewisser Sanktionen, die mit oder ohne Beistand der Alliierten durchgeführt werden würden. „Es wird ein schöner Lärm von allen Seiten losgehen, aber wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen“, schreibt das Blatt dazu. Auch gegen England hin fällt mancher Hieb. Ein anderes Blatt findet, daß die Interpellanten den Ministerpräsidenten in eine furchtbare Richtung seiner Politik hätten lenken wollen, ohne daß er zu sehr in Widersprüche geraten wäre, aber der Ministerpräsident habe diese Absicht gar nicht einmal beabsichtigt. Wahrscheinlich hat Herr Poincaré nicht beabsichtigt wollen. Im Rheinlande lehrt ja auch der Augenschein jeden, der sehen will, daß Frankreich auf alles andere — nur nicht auf Verhandlungen ausgeht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Not der Presse vor dem Reichsrat.

Im Reichsrat erklärte Ministerialdirektor Meißner, daß der Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen die wirtschaft-

liche Not der Presse in den Ausschüssen sehr eingehend beraten worden sei und daß der Reichsrat den Weg, den die Reichsregierung gewiesen habe, nicht ohne weiteres mitgehen könne. Man habe sich aber an den Beratungen beteiligt und eine Reihe von anderen Wegen gewiesen. Die Beratungen würden fortgesetzt werden, und die Länder seien bereit, daran mitzuarbeiten.

Mieterschutzverordnungen bis 1923.

Der preussische Wohlfahrtsminister hat, wie amtlich gemeldet wird, mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums auf Grund der Mieterschutzverordnung und der Wohnungsmangelverordnung in Verbindung mit einem vom Reichstag angenommenen Gesetz die Geltungsdauer sämtlicher auf Grund der genannten Verordnungen bisher getroffenen Anordnungen, insbesondere auch die auf einen Endtermin beschränkten, bis zum 31. März 1923 verlängert.

Großbritannien.

× Verschärfte Lage in Irland. In Dublin dauern die Kämpfe an. Bisher sind keine Anzeichen vorhanden, daß der republikanische Führer bereit ist, sich zu ergeben. Eine neue Forderung der Übergabe wurde abgelehnt. Bei Limerick wurde eine Brücke in die Luft gesprengt, wodurch die Verbindung mit Cork abgeschnitten ist. Das Kabel Angelfsea—Kingstown ist durchschnitten worden. Die telegraphische Verbindung zwischen Großbritannien und Süd-Irland ist infolgedessen unterbrochen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Prozeß des Reichsministers Dr. Hermes gegen die Freiheit wird nicht vor den Staatsgerichtshof kommen. Das Kabinett hat einstimmig beschlossen, daß dieser Prozeß der ordentlichen Gerichtsbarkeit zugehe.

München. Nach amtlicher Feststellung sind die Gerüchte, daß in Bayern die Monarchie ausgerufen worden sei, und daß die Chiemgauer gegen München marschieren würden, holler Unsinn. In Bayern herrscht völlige Ruhe und Ordnung.

Paris. Das Militärdienstpflichtgesetz ist in der Kammer mit 404 gegen 220 Stimmen angenommen worden.

London. Im Unterhause wurde mitgeteilt, daß die britische Besatzungskosten am Rhein und in Oberschlesien vom 1. April bis zum 30. Juni 1922 etwa 600 000 Pfund Sterling betrugen.

Washington. Das Mitglied des Kongresses Winslow hat einen vom Präsidenten Harding gebilligten Antrag eingebracht, wonach eine Summe von 40 Millionen Dollar und der im Verlauf des Krieges beschlagnahmte Sachbesitz zurückgegeben werden soll.

Deutscher Reichstag.

(240. Sitzung.)

CB. Berlin, 30. Juni.

Unter den kleinen Anfragen, mit deren Beantwortung die heutige Sitzung eröffnet wurde, befand sich die des Abg. Kubnt (U.-Soz.), der darüber Beschwerde führte, daß der im Kapp-Putsch vielgenannte Kapitän zur See v. Löwenfeld zum Kommandanten des kleinen Kreuzers „Berlin“ berufen wurde, obwohl er mehrmals Soldatenmishandlungen begangen und obwohl seine Marinebrigade beim Kapp-Putsch in Schlesien und Westfalen Morde begangen und in Münster und im Senneberger Waldschloß gehaust und getöten habe. Kapitän zur See Pucher antwortete darauf, die Verurteilung wegen Soldatenmishandlung liege 20 Jahre zurück. Die gerichtliche Untersuchung der Vorgänge in Breslau habe keine Schuldbeispiele gegen Löwenfeld oder seine Offiziere ergeben. Im Ruhrgebiet hat Löwenfeld im Auftrage der Reichsregierung gegen die Rote Armee gekämpft. (Hört, hört! links.) Kapitän von Löwenfeld hat später die Regierung in lokaler Weise unterstützt, so daß zu einer Maßregelung kein Anlaß vorlag. (Unruhe links.) Abg. Kubnt (U.-Soz.) knüpfte hieran die Ergänzungsfrage, ob der Regierung bekannt sei, daß Kapitän von Löwenfeld monarchistisch gesinnt sei. Diese Ergänzungsfrage blieb unbeantwortet.

Gustav Freysens Amerikareise.

Ferr fragte der Abg. v. Graefe (Deutschnat.), ob die Zeitungsberichte zutreffen, wonach der Schriftsteller Gustav Freysen seine gegenwärtige Propagandareise nach Amerika im Auftrage und auf Kosten des Reiches mache. Geh. Leg.-Nat. Freiherr v. Nitzthofen erwiderte, Freysen ist von den Vereinigten Staaten eingeladen. Die Kosten werden von dem einladenden amerikanischen Komitee getragen. Der Reichsregierung erwachsen durch diese Reise keinerlei Kosten. Ergänzend fragte Abg. v. Graefe, ob der Regierung bekannt sei, daß Freysen seine Vorträge zu beginnen pflege: „Der Herr Reichspräsident, der Herr Reichskanzler und das deutsche Volk entfenden mich“, und ob die Reichsregierung bereit sei, diese Behauptung des Herrn Freysen als unberechtigt zu erklären. Diese Ergänzungsfrage blieb unbeantwortet.

Hierauf wurden verschiedene Angelegenheiten rasch erledigt. Ein Gesetz, betreffend ein deutsch-polnisches Abkommen über die Verhängung von Strafrecht für in Oberschlesien begangene Straftaten wurde in allen drei Lesungen angenommen, der deutsch-russische Vertrag von Rapallo wurde zur schließlichen Beratung dem auswärtigen Ausschuss überwiesen. Ein Gesetz über den Beitritt des Reiches zu dem Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Fabrik- und Handelsmarken wurde in allen drei Lesungen angenommen. Ein Gesetz zur Überleitung von Reichsangelegenheiten der Schutzgebiete wurde, und zwar ebenfalls ohne Widerspruch, in allen drei Lesungen angenommen, desgleichen ein Gesetz zur Neuordnung der im Handelsgelehrbuch und in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenze.

Darauf folgte der von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend den Erlass der durch die Verhängung deutschen Reichsgebietes verursachten Personenschäden in Verbindung mit einem Gesetz, betreffend

Feuerungsmaßnahmen für Militärrentner.

Abg. Albrecht (Komm.) erklärte, das Gesetz für Militärrentner stelle eine bittere Enttäuschung für alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen dar. Sämtliche Organisationen der Kriegsbeschädigten lehnen das Gesetz ab, weil es nicht im geringsten der Erwartung der Kriegsopfer entspricht. Besonders verwerflich im Gesetz sei die Nachprüfung der Erwerbsfähigkeit.

Abg. Wertheß (Komm.) lehnte die Vorlage als völlig unzureichend ab.

Abg. Meier-Widau (Soz.) erklärte dagegen, der Ausschuss habe die Vorlage einigermaßen annehmbar gemacht. Man müsse nehmen, was man erreichen könne.

Abg. Thiel (Deutsche Volksp.) trat für die Vorlage ein, wobei er betonte, daß seine Partei in dieser Frage keine Agitationspolitik wie der Abg. Albrecht treiben wolle. Nachdem noch der Abg. Albrecht seine Anträge abgelehnt hatte, schloß die allgemeine Aussprache.

Stürmische Kundgebungen gegen Dr. Helfferich.

Als zur Abstimmung geschritten wurde, betreten mit anderen Deutschnationalen die Abgg. Helfferich, von Henning und Wulle den Saal. Sie wurden von den Abgeordneten der äußersten Linken mit stürmischen Rufen: „Mörder raus!“ „Mordgeschiffe raus!“ empfangen. Vizepräsident Dr. Nießer setzte unbeeinträchtigt die Abstimmung fort, und der Lärm legte sich. Die ersten Paragrafen wurden unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschussfrage angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Die einzige Änderung wurde durch die Annahme eines sozialdemokratischen Antrages bewirkt, wonach der Härte-Paragraf, der auch Leichtbeschädigten und erwerbsfähigen Witwen unter Umständen die Zuschüsse zuspricht, aus einer Kasse zu einer Kassevorschrift wird. Ferner wurde eine Entschärfung angenommen, wonach die Zuschüsse bei einer weiteren Brotpreissteigerung entsprechend erhöht werden sollen. In der sich sofort anschließenden dritten Beratung wurden die Beschlüsse in der zweiten Lesung bestätigt.

Darauf wurde ein Antrag Thiele (Deutsche Volksp.) angenommen, wonach die Kürzung der Feuerungszuschüsse erst dann eintreten soll, wenn das Einkommen die Erwerbslosenunterstützung um ½ übersteigt.

Die Getreideumlage.

Hierauf kam man zur zweiten Lesung des Getreidegesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922. Über den Preis des Getreides ist zwischen den Regierungsparteien, Sozialisten, Demokraten und Zentrum, denen auch die Unabhängigen Sozialdemokraten beigetreten sind, ein Kompromiß zustande gekommen, wonach der Preis für Roggen auf 6900 Mark und für Weizen auf 7400 Mark festgesetzt wird, für Gerste auf 6700 Mark, für Hafer auf 6600 Mark die Tonne. Es sind drei Liefertermine vorgesehen. Das erste Drittel ist zum 31. Oktober, das zweite Drittel bis zum 15. Januar 1923, das dritte Drittel bis zum 28. Februar 1923 an die Reichsgetreidekasse zu liefern. Für das erste Drittel sollen die genannten Preise gelten, für das zweite und dritte Drittel werden die Preise nach Anhörung eines Ausschusses festgesetzt, der aus 20 Mitgliedern besteht, von denen je 5 von dem Ausschuss des Reichsrats für Volkswirtschaft zu wählen, 5 aus dem Kreise der Landwirtschaft und 5 aus denen der Verbraucher vom Ernährungsminister zu berufen sind. Werden die Preise für das zweite und dritte Drittel der Umlage erhöht, so ist für die im voraus gelieferte Menge der Preisunterschied nachzuzahlen.

Abg. Schiele (Deutschn.) bedauerte, daß diese für unser Wirtschaftsleben so wichtige Frage zu einer Parteifrage gemacht worden sei. Weiter suchte der Redner nachzuweisen, daß die Getreideumlage zu einer Störung und Hemmung der landwirtschaftlichen Erzeugung führen müsse. Die dauernde Verbilligung des Brotes kann auf diese Weise nicht erreicht werden. Von den hohen Brotpreisen, über die das Volk empört ist, fließen nur geringe Bruchteile den Landwirten zu. Die Zwangswirtschaft führe zur Korruption. Nur in Freiheit könne die Landwirtschaft ihre hohen Ausgaben für die Ernährung des Volkes zu sorgen, erfüllen.

Abg. Hunkel (Deutsche Volksp.) sprach sich in demselben Sinne aus. Die Landwirtschaft bedarf unbedingt der Freiheit, um die Ernährung des Volkes sicherzustellen, und sie würde freiwillig alles tun, damit das Volk nicht Hunger leide.

Abg. Krählig (Soz.) stimmte der Vorlage zu, wobei er betonte, daß nicht der Streit um die Getreideumlage die Ursache in die Bevölkerung getragen habe, sondern die Ermordung Rathenaus. Das Volk darf nicht Hunger leiden, seine Ernährung muß sichergestellt werden, und aus diesem Grunde haben sich die Sozialdemokraten entschlossen, den Abmachungen zuzustimmen.

Abg. Stegerwald (Zentr.) trat ebenfalls für die Vorlage ein. Die weiteren Ausführungen des Redners galten der Fertigstellung des Verfahrens, das das Zentrum bei den Verhandlungen über die Getreideumlage beobachtet hat.

Todesstrafe für Verschwörer.

Die neue Ausnahmeverordnung.

In Ergänzung der beiden nach der Ermordung Rathenaus verkündeten Verordnungen zum Schutze der Ruhe und Ordnung haben der Reichspräsident und die Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit für das Reichsgebiet neuerdings eine Verordnung erlassen, deren wesentlichste Bestimmungen folgende sind:

Personen, die an einer Vereinigung teilnehmen, von der sie wissen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes durch den Tod zu beseitigen, werden mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft. Ebenso werden bestraft Personen, die eine solche Vereinigung wissenschaftlich mit Geld unterstützen.

Dritte Personen, die um das Dasein einer solchen Vereinigung wissen, werden mit Zuchthaus bestraft, wenn sie es unterlassen, von dem Bestehen der Vereinigung, den ihren bekannten Mitgliedern oder deren Verbleib den Behörden oder der durch das Verbrechen bedrohten Personen unverzüglich Kenntnis zu geben. Zuständig ist der neue Staatsgerichtshof.

Ferner wird unter Strafe gestellt, wer die toten Opfer solcher Gewalttaten verleumdet oder öffentlich beschimpft, oder wer eine Verschwörung mit Geld unterstützt. Wird durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift die Strafbarkeit einer zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes gehörenden Handlung begründet, so kann die Druckschrift, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt, bis auf die Dauer von vier Wochen, in anderen Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten verboten werden.

Die innere Krise beigelegt.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 30. Juni.

In außerordentlicher Spannung und Besorgnis verfolgte man in den letzten Tagen im Reichstage die Ver-

Es folgte dann wieder eine Reihe dem Angeklagten günstiger Urteile. Amtsgerichtsrat Bahrenfeld-Hannover hat von Dr. Michelson und dessen Einvernehmen mit den Anklagen den besten Eindruck gehabt. Dr. T. S. Jahn, Arzt in Gollnow, sagt aus, daß der Angeklagte sich große Mühe mit der Verpflegung gegeben habe. Verwalter Richter-Höchst a. M. ist überzeugt, daß Dr. Michelson in ärztlicher Hinsicht keine Pflicht verläßt getan habe. Die Zeugen Arno Müller, Bankbote in Plauen, und Abkaltmeister Kämmer aus Hagen i. W. werden zunächst nicht vereidigt, weil sie im Verdacht stehen, Gefangene mißhandelt zu haben, also selbst an Straftaten beteiligt gewesen zu sein.

Studienrat Matthes-Schneeberg i. Sa. rühmt die Intelligenz, die Energie und die Organisationsfähigkeit des Angeklagten. Die Organisationsfrage habe Dr. Michelson aber offenbar mehr interessiert als die Krankenbehandlung.

Die renitenten Russen.

Daß Mißhandlungen vorgekommen sind, wird von mehreren anderen Zeugen angegeben. Die Mißhandlungen (Prügel) seien aber zu entschuldigenden gewesen, da man sich gegen die rüchrischen Russen, die Befehle und Anordnungen unbeachtet ließen, wehren mußte. Daß Kranke oder Gefangene im Auftrage Dr. Michelsons geprügelt worden seien, wird von keiner Seite behauptet.

Oberlandinspektor Merz-Sietlin wendet sich besonders scharf gegen die Methode der französischen Regierung, nur Belastungszeugen aufzubieten, nicht aber Entlastungszeugen. Ihm, der in Essey Lazarettinspektor gewesen sei, hätten viele Franzosen für die liebevolle Pflege im Lazarett ihren Dank ausgesprochen.

Sofales und Provinzielles.

Halver, den 3. Juli 1922.

□ Besserung. Der große Irrtum, der durch unsere Zeit geht, liegt in der Meinung, daß man die Masse bessern müsse und könne. So lange diese Ansicht maßgebend bleibt, kommen wir nicht aus unserer Not heraus. Tausend und aber Tausend berufen und unterbieten Vorkämpfer reden zur Masse, aber ihre Worte treffen auf taube Ohren und auf kalte Herzen. Masse sind immer die andern, der Einzelmensch stellt sich über sie und bezieht nicht auf sich, was der Masse gilt. Dadurch schwindet das Gefühl persönlicher Verantwortlichkeit immer mehr, und übrig bleibt Trägheit und Verbitterung. Die Gefährdung des Ganzen kann nur durch bewußte, schöpferische Persönlichkeiten erreicht werden, die bereit sind, die Probe auf das Exempel an sich selbst zu machen, die selbst treu, ehrlich und fleißig sind und dies den Leuten vormachen, nicht listig davon reden und abwarten, bis sich die andern bessern. Am Beispiel liegt es. Worte hören wir genug. Wie sieht es etwa mit der Berufstreue aus, die so ziemlich verlorengegangen ist? Über den Wert oder Minderwert von Berufen zu streiten, ist müßig. Die praktische Wertung bestimmter Arbeit hängt, wie bei Ware, von dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ab. Gegenwärtig bedürfen wir dringlich der Handarbeit jeder Art, folglich wird sie hoch bewertet gegenüber der Geistesarbeit, für die sich die Nachfrage in ruhigeren Zeiten wieder bessern wird. Jeder Beruf, der ehrlich und fleißig ausgeübt wird, ist so viel wert, wie irgend ein anderer. Zwar kommt es bei der Arbeit auf den Lohn an, den sie bringt, aber ihr höherer Wert besteht oder sollte doch bestehen in dem Nutzen, den sie für die Allgemeinheit schafft. Aus diesem Nutzen entspringt das Bewußtsein, ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu sein und an ihrer Besserung mitzuwirken und in weiterer Folge persönliches Verantwortlichkeitsgefühl. Wer ohne Rücksicht auf die andern seine Arbeit in Geld umsetzt, der hat kein Recht, sich über die Gleichgültigkeit der Masse zu ereifern, denn er ist selbst gedankenlos und unverbesserliche Masse. Ps.—t.

Wie's kommen kann,

wenn man die Zeitung aufbestellt. Aus dem Briefe eines Wiener Freundes stellt ein Leser der Magdeburgischen Zeitung folgendes ergötzliche Geschichtchen zur Verfügung:

„Jetzt sollte auch unsere Zeitung mit ihrem Abonnement sich wieder mal steigern — auf 2600 Kronen monatlich. Alles steigt, alles wird teurer. Also einschränken! Zeitung ist Luxus, also schaffen's wir ab. Na, nach drei Tagen war's mir zu dumm, man kommt nicht ranzen, ja dumm und stumm auf einer Insel, die kein Land erreichte, wurde zuguterletzt ganz nützlich, weil man nicht mehr wußte, wann und wo und woran man war. Ich rechnete, ab und zu eine Zigarre weniger, einmal weniger zum Stammtisch — da war's Geld für die Zeitung schon wieder da. Also, ich bestell' sie wieder. Tags drauf paß ich auf, als die Zeitung kommt. Da liegen ihrer vier im Kasten. Ebenso am zweiten Tage. Ich geh zur Zeitung, frag nach: Die Zeitung ist viermal für mich bestellt worden! Himmelherrgott, schimpf ich daheim, einmal hab ich die Zeitung bestellt, viermal kommt's, nachher soll ich sie auch viermal bezahlen. Meine Frau und die beiden Großen machen dumme Gesichter. Dann kommt's raus: sie haben auch jeder für sich die Zeitung wieder bestellt. Na, du weißt schon: die Familiennachrichten und der Roman und die Sportnachrichten und alles das. Wo man doch so schon nicht mehr so umkommt.“

Na, und so hat halt jeder vom Seinigen etwas abgeknippt und hat richtig dem anderen 'ne Freude machen wollen. Nun haben wir's aber verackodiert: jeder spart halt ein wenig, und dafür halten wir unsere Zeitung weiter — aber nicht vierfach.

+ Halver, 2. Juli. Bei dem heutigen Schützenfest errang die Königswürde Herr Paul Lausberg, Elberfelderstraße, der sich Frau Ww. Unger zur Königin erkor. (Ausführlicher Zeitbericht folgt.)

× Kierspe. 1. Juli. Zur Teilnahme an den deutschen Kampfsportspielen in Berlin, die insgesamt 3 Wochen (einschließlich einer bereits im Winter stattgefundenen Wintersportwoche) einnahmen, waren aus allen Teilen des Reiches die deutschen Turner und Sportler herbeigeeilt, — fürwahr ein schönes Einigungsmittel in dieser Zeit der Zwietracht! Hierin hat auch Kierspe die zwei Turner Arthur Klapp und Fritz Meißerjahn entsandt, von denen Klapp einen Kranz mit 77, Meißerjahn einen mit 81 Punkten errang. So hat unser Verein zu den vielen diesjährigen Siegen im Kleinen noch diese ehrenvollen Kränze errungen, ein Zeichen des Blühens unsers Turnvereins, ein Werbemittel für alle. Als Dienstagabend nach 7 Uhr der Zug die beiden Sieger brachte, begrüßte sie der stark vertretene Turnverein nebst Trommler- und Pfeiferkorps, sowie auch die Musikkapelle. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Lehrer Kubbier, der Worte des Dankes an die Sieger, die unterstützende Gemeindeleitung und die Erschienenen richtete, bewillkommte und beglückwünschte als Vertreter der Ortsbehörde Herr Amtmann Hillebrandt

die Sieger, die vorbildlich mit den Waffen gestählten Körpers und starken Willens kämpfen im Gegensatz zum Freiweltwerk feiger Mordbuben, die zerreißen, anstatt aufzubauen. Der Männergesangsverein „Wiesengrund“ (Wiesellaat) sang als Festgruß, geleitet von Herrn G. W. Kubbier: „Das ist der Tag des Herrn“. Aus den Reihen der Turnerinnen im Turngewand überreichten 2 Turnerinnen den Siegern je einen Blumenstrauß, wozu Fr. Erna Bollmann ein vom Turngenossen Fritz Linde verfaßtes Gedicht sprach. — Nach dem Einzuge in Kierspe-Ort vereinte die geschmückte Kubbier'sche Festhalle die Turnerschar noch einige Stündlein zum Genuß weiterer Gesangsvorträge des genannten Chors und der Bläserkapelle, zu Tanz und Spiel.

— Brederfeld, 1. Juli. Am Sonntag, den 25. Juni fand im Hotel zur Post, Brederfeld die 2. diesjährige Kreisversammlung des Volme Kreises für vereinfachte Stenographie Einigungssystem Stolze-Schrey statt, die von sämtlichen Vereinen zahlreich besucht war. Nach Beendigung des Westschreibens, in dem 80 Arbeiten abgegeben wurden, schritt man zur Erledigung der umfangreichen Tagesordnung, aus der der Anschluß an die Organisation besonders hervorzuheben ist. Der Vorstand teilte mit, daß die beantragte Aufnahme in den Markt. Kreis Stolze-Schrey'scher Stenographen auf der Kreisversammlung des Märkischen Kreises zu Haspe einstimmig beschlossen und schriftlich bestätigt sei. Der bisherige Volmekreis bleibt jedoch unter der alten Bezeichnung als Arbeitsgemeinschaft bestehen, um den bisherigen Zusammenhalt und das gute Einvernehmen zwischen den einzelnen Vereinen auch weiterhin zu pflegen. Die Versammlung erklärte sich mit diesem Beschluß einverstanden. Der Rest der Tagesordnung wurde schnell erledigt. Der Verein Schalksmühle machte darauf aufmerksam, daß er am Sonnabend, den 8. Juli 1922 sein 1. Stiftungsfest feiert, das der allseitigen Teilnahme bestens empfohlen wurde. Für die nächste Kreisversammlung wird Schalksmühle vorgezogen. Ein gemütlicher Teil hielt die Stenographen noch einige Stunden zusammen. Von den abgegebenen Arbeiten erhielten in der Abteilung 60 Silben den 1. Preis Hermann Holstein, Schalksmühle, 2. Preis E. Schramm, Brügge, 3. Preis H. Rudack, Brügge, 4. Preis H. Turt, Oberbrügge; in der Abteilung 80 Silben den 1. Preis Else Heedfeld, Brügge; 2. Preis Erich Möller, Brederfeld; 3. Preis Walter Pfingsten, Brederfeld; in der Abteilung 120 Silben den 1. Preis Klara Fießeler, Oberbrügge; in der Abteilung 180 Silben den 1. Preis Frieda Schenckjohler, Brügge, 2. Preis Hilde Fischbach, Brügge, 3. Agnes Diepenhofen, Oberbrügge. Die Preisträger der Abteilung Schön- und Richtigschreiben werden auf der nächsten Kreisversammlung bekannt gegeben.

Altena, 1. Juli. Herr Kreisamtsdirektor Richardt, wurde zum Amtmann in Wilmsdorf, Kreis Siegen, gewählt.

Plettenberg, 30. Juni. Für die Errichtung eines Kriegerdenkmals auf dem Hirtenhöhl sind 116 Entwürfe auf die öffentliche Ausschreibung rechtzeitig eingereicht worden. Zu verschiedenen Nummern sind mehrere Lösungen vorgelegt, so daß im ganzen 140 Lösungen vorliegen. Die für das Preisrichteramt gewonnenen Kunst-Sachverständigen, Landrat Dr. Thomee (Altena), Prof. Frenken (Machen), Provinzialkonservator Landesbaudirektor (Münster) u. a., fanden den in Aussicht genommenen Platz auf dem Hirtenhöhl als vorzüglich geeignet zur Errichtung eines soliden würdigen Monumentalbaues aus heimischer Grauwade mit der Hauptfront nach der Innenseite der Stadt. In den Entwürfen kommen die verschiedensten Ideen zum Ausdruck. Der Entwurf mit dem Kennwort „Gedächtnisempel“ des Architekten H. Stumpf mit Walter Spennemann in Darmstadt als Meisterschüler wurde mit dem 1. Preise bedacht, Architekt Hans Mühleseldt in Essen erhielt auf den Entwurf „Heldenhöhl“ den 2. und H. Harttig in Rulendach in Bayern auf den Entwurf „Grauwade“ den 3. Preis. Sämtliche Entwürfe sind zur Zeit in der Aula der Städtischen Realschule für jedermann ausgestellt. Damit ist die Denkmalsangelegenheit nun einen gehörigen Schritt weitergekommen.

Bochum, 30. Juni. Westfälisches Sängerbundesfest. Zum Westfälischen Sängerbundesfest, das in den nächsten Tagen hier stattfindet, hat der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Gronowski, sein Erscheinen zugesagt. Als Vertreter des Deutschen Sängerbundes wird Professor Dr. Wohlgenuth aus Leipzig zum Bundesfest erscheinen.

Semer, 30. Juni. Unglücksfall. Auf einem hiesigen industriellen Werke erlitt ein 20 Jahre alter Arbeiter einen schweren Unglücksfall. Beim Auflegen des Riemens wurde er von der Transmission erfasst und ihm der linke Ober- und Unterarm zerschmettert. Mittels Tragbahre brachte man den Schwerverletzten zum Amtskrankenhaus, wo er sofort operiert wurde.

Nah und Fern.

○ Selbstmordversuch des Frauenmörders Großmann. Aus Berlin wird berichtet: Im Moabiter Untersuchungsgefängnis hat der Frauenmörder Großmann, der „Verliner Landru“, in seiner Zelle einen Selbstmordversuch unternommen. Er befindet sich in der sogenannten Mörderzelle, d. h. in einer besonders eingerichteten Zelle, die von außen ständig beobachtet werden kann, und in der es keinerlei Gegenstände gibt, mit denen sich der Zelleninsasse Verletzungen beibringen kann. Großmann gelang es, die Fenster mit Zeitungspapier zu verkleben und einen Selbstmordversuch durch Erhängen zu unternehmen. Der Plan wurde jedoch rechtzeitig entdeckt und vereitelt.

○ Erhöhung der Bettartenpreise. Mit Gültigkeit vom 10. Juli d. J. ab werden die Bettartenpreise (bei Benutzung von Schlafwagen) festgesetzt: Erster Klasse 300 Mark, zweiter Klasse 150 Mark, dritter Klasse 80 Mark. Die Vorratgebühren betragen: Erster Klasse 30 Mark, zweiter Klasse 15 Mark, dritter Klasse 8 Mark.

○ Untergang eines Hamburger Seglers. Der Hamburger Zweimastschoner „Edith“ ist auf der Fahrt von Stettin nach Finnland auf ein Wrack gestoßen und gesunken. Die aus vier Personen bestehende Besatzung wurde nach siebenstündigem Umhertreiben in bewegter See von dem Hamburger Dampfer „Johanna“ gerettet.

Hafen von Salamis Regendes Schiffen mit zehntausenden erkrankten griechischen Flüchtlingen aus Russland zeigten sich neben Typhus auch Fälle von Cholera. Die Schiffe wurden unter Quarantäne gelegt. Da auch in Saloniki Cholerafälle festgestellt werden konnten, ergriff die jugoslawische Regierung strenge Vorsichtsmaßnahmen gegen eine Verschleppung der Seuche.

○ Sturmunglück in Siebenbürgen. Ein gewaltiges Sturmwetter, verbunden mit unaufhörlichen Regengüssen, hat die deutsche Stadt Bistritz in Siebenbürgen heimgesucht. Bei der Sturmkatastrophe haben mehr als 20 Personen den Tod gefunden.

○ Die Zahl der Opfer der Berliner Eisenbahnkatastrophe hat sich auf 40 erhöht. Die Eisenbahndirektion Berlin richtet aus Anlaß des Unglücks eine dringende Mahnung an alle Reisenden und warnt davor, Trittbretter usw. zu benutzen, vorzeitig Türen zu öffnen, auf die Wagen zu klettern und beim Ein- und Aussteigen zu drängen. Den Anordnungen des Bahnpersonals muß Folge geleistet werden.

Aleine Nachrichten.

Garantiekomitee und Kohlenlieferungen.

Berlin. In der Frage der deutschen Kohlenlieferungen nehmen die Besprechungen ihren Fortgang. Diese Angelegenheit wird nicht vom Garantiekomitee als solchem offiziell behandelt, sondern von einem andern Unterorgan der Reparationskommission. Die Arbeiten des Garantiekomitees vollziehen sich weiterhin in der Form unverbindlicher Besprechungen. Es sind schon in verschiedenen Punkten Klärungen erfolgt.

Polnische Schifane.

Berlin. Dem Reichstag liegt eine deutschpolnische Anfrage vor, in der es heißt: „Neuerdings verweigern die polnischen Behörden den in Deutschland wohnhaften Angehörigen der im früheren Posen, Westpreußen ansässigen Deutschen, die für Polen optiert haben, die Erlaubnis zur Einreise dorthin zum Besuch ihrer Angehörigen. Ist dies der Reichsregierung bekannt, und was gedenkt sie hiergegen zu tun?“

Die Betriebsräte gegen die Regierung.

Berlin. Hier fand eine Sitzung der Zentralräte und der Gruppenräte der freigeigenschaftlichen Betriebsrätezentrale Groß-Berlins statt. Dabei wurde eine Entschließung angenommen, die für den Fall, daß die Forderungen der Linksparteien nicht erfüllt werden, den Rücktritt der jetzigen Regierung verlangt und an ihrer Stelle eine Arbeiterregierung bilden will.

Verschärfter Belagerungszustand in Gleiwitz.

DA Kattowitz. Die Interalliierte Kommission hat über Gleiwitz den verschärften Belagerungszustand verhängt. Bei dem Angriff des Selbstschutzes auf die französischen Truppen in der Gleiwitzer Infanteriekaserne, der mit Minenwerfern und Handgranaten unternommen wurde, wurden drei Mann des Stottrupps verwundet.

Um die Bahnlinien.

DA Paris. Die Vorkonferenz stellt Deutschland in der Note, die die deutschen Proteste gegen die Zerstörung der strategischen Bahnlinien im Rheinland zurückweist, eine Frist bis 30. November zur Durchführung der von der Alliierten Kommission erhobenen Forderungen.

Buße für die in Oberschlesien gestieteten Italiener.

DA Rom. Für die Tötung von 13 Mann italienischer Truppen in Oberschlesien verlangt Italien von Deutschland und Polen als Entschädigung 9 Millionen Lire, die an die Familien der Opfer zu zahlen sind. Die entsprechenden Noten der italienischen Regierung nach Berlin und Warschau sind unterwegs.

Ein polnisches Bistum in Oberschlesien.

DA Warschau. Die polnische Regierung hat schon vor der Übernahme des ihr zugesprochenen Teils von Oberschlesien beim Vatikan Schritte getan zwecks Errichtung eines besonderen Bistums in der Wojwodschaf Schlesien. Die Errichtung des neuen Bistums dürfte nach halbamtlicher Mitteilung noch in diesem Jahre erfolgen, da die Kurie sich den Wünschen Polens gegenüber nicht ablehnend verhält.

Im Oktober neue Anleihekonzferenz in Paris.

DA London. Morgens hatte mit den englischen, belgischen und französischen Mitgliedern der Pariser Anleihekonzferenz hier eine Aussprache, in welcher über den Termin der nächsten Anleihekonzferenz gesprochen wurde. Man kam überein, in der ersten Oktoberwoche in Paris wieder zusammenzutreten.

England gegen den Garantiekapital.

London. Poincaré wird am 17. Juli zu weiteren Besprechungen nach London zurückkehren. Die französische Regierung ist weiterhin bemüht, die Durchführung des Garantievertrages zu erreichen. Englands Verhält man sich nach wie vor ablehnend. Die Hoffnung parlamentarischer Kreise geht jetzt vielmehr dahin, daß man durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund bestehende Schwierigkeiten überwinden könnte.

Die Sorgen der ägyptischen Regierung.

Kairo. Die Lage hat sich durch die Heimführung zahlreicher ausländischer Angestellter neuerdings verschärft. Die ägyptische Regierung hat 19 ausländische Beamte des Wasserbauministeriums, die zum Teil 16 bis 30 Jahre im Dienste Ägyptens standen, plötzlich entlassen, ohne ihnen irgendeine Entschädigung zu gewähren.

Zementindustrie und Kohlennot.

DA Berlin. Von den zurzeit in Deutschland bestehenden Zementfabriken sind wegen Kohlenmangels etwa 30 außer Betrieb, der übrige Teil nur zu etwa 60 Prozent ausgenutzt. Trotz der Kohlennot wird der Genehmigung zur Errichtung von Zementfabriken vom Reichswirtschaftsminister nur stattgegeben, wenn nachgewiesen wird, daß ein technisch besonders verbessertes Verfahren bei der Fabrikation zur Anwendung kommt.

Straßen-Umtausch in Magdeburg.

Magdeburg. Der Magistrat hat beschlossen, eine Anzahl der wichtigsten Straßenzüge der Stadt umzunennen, und zwar u. a. die Kaiserstraße in Republikstraße, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Friedensplatz. Außerdem sollen Straßen, die zum Teil an die Hohenzollern erinnern, anders benannt werden.

Wähllicher Tod auf der Flucht.

Frankfurt a. M. Ausländische der Oberwerke besetzten die Fabrikengänge der wegen des Streiks der Techniker und Wertmeister stillgelegten Werke und nahmen eine drohende Haltung an. Der kaufmännische Direktor Wiegand flüchtete mit seinem Kollegen über einen Bretterzaun, er erlitt hierbei einen Herzschlag und brach tot zusammen.

Die Münchener Tagung des deutschen Kartoffelhändlers.

DA München. Die in München abgehaltene und von Vertretern aus allen Teilen Deutschlands stark besuchte Generalversammlung des Einheitsverbandes Deutscher Kartoffelhändler hat eine Entschließung angenommen und richtet darin an den Reichstag die Bitte, halbamtlich die geltende Preisstreikverordnung dahin zu ändern, daß jedenfalls die unter Mitwirkung der amtlichen Organe des Handels oder der Landwirtschaft notierten Marktpreise als maßgebend für die Preisangemessenheit anerkannt werden.

Eine neue Partei im Elsaß.

DA Straßburg. Die Baron Claus Zorn von Busach, der Presse mitteilt, hat sich auf seine Veranlassung eine neue politische Partei, die „Elsässerpartei“ gegründet. Die Partei bezweckt die „Verteidigung der elsaßischen Interessen“ und sei vollständig unabhängig. Unter den Gründungs- und Ausschussmitgliedern befinden sich Elsässer der verschiedensten Stände.

Bermischtes.

Ärztliche Sprechstunde in der Kirche. Szenen, wie sie bisher in einer Kirche kaum gesehen wurden, spielten sich kürzlich in der St. Andrews-Kathedrale in Aberdeen ab; der Gesundheitsfürsorge M. Haddon war erschienen, um von seiner Mission öffentlich Probe abzulegen. Lange vor Eröffnung des Vortrags war die Kirche bis auf den letzten Platz gefüllt. Rund 350 Kranke hatten sich eingefunden, in der Hoffnung, durch das Auflegen der Hände des Heilapostels von ihren Leiden befreit zu werden. Bevor er zur Prozedur schritt, verlas er die Aufzählungen von Patienten, denen es ihr Gesundheitszustand nicht gestattet hatte, sich persönlich einzufinden. Im Mittelschiff der Kirche sah eine Anzahl Männer und Frauen, die durch ihre Bewegungsunfähigkeit gehindert waren, sich dem Heilapostel zu nähern. Haddon schritt vom Altar in das Schiff hinab und legte jedem einzelnen der Sitzenden die Hand aufs Haupt. Eine Anzahl Damen und Herren der Gesellschaft waltete als Helfer und Ordner ihres Amtes, und zwei Studenten der Medizin und die Oberschwester des Aberdeen Krankenhauses nahmen sich der großen Zahl der Patienten an, die ohne Unterstützung nicht zu gehen vermochten. Haddon legte jedem einzelnen die Hand auf, und nachdem er sich aus den ihm übergebenen Zetteln über die Natur der Krankheit unterrichtet hatte, sprach er ein Gebet um Heilung. An dem Akt der Handauflegung beteiligten sich auch zwei Geistliche der Stadt. Die Versammlung umfaßte alle Stände und Berufsstände. Neben einem Arzt sah man Handwerker, Blinde, Taubstumme, Kinder und auf dem Arm getragene Säuglinge.

Das Glück des unbegabten Schülers. „Einem Schüler kann heute kein größeres Glück widerfahren, als wenn er offiziell als hoffnungsloser Idiot gewertet wird. Das hat zur Folge, daß sich seine Lehrer mit Verachtung von ihm wenden und ihn der Sorge von Mutter Natur überlassen, so daß der kleine Mann fortan den Vorteil genießt, sich frei und natürlich entwickeln zu können.“ Das ist nicht etwa das Geschwätz eines Narren, sondern das wohlbedachte Urteil, das in einer der letzten Sitzungen der Akademie der Medizin zu Paris ein Redner unter dem Beifall seiner gelehrten Zuhörer formulierte. Die Wirkungen der geistigen Überanstrengung des jungen Gehirns sind oft geradezu verheerend. Der ehrgeizige Junge, der, vom Lobe seiner Lehrer angefeuert, mit gespannter Aufmerksamkeit dem Unterricht folgt, ist dazu verurteilt, eine solche Wunde von dem Lehrstoff aus den verschiedensten Wissensgebieten in seinen Kopf zu pflanzen, daß seine Energie geschwächt, sein Sehvermögen bedroht und sein Gehirn erschöpft wird. Das hat zur Folge, daß er nur allzu oft im Leben von einem Mitschüler überbunden wird, der weniger gelernt hat, dafür aber mehr Kraft im Daseinskampf einsetzt kann. Und was soll man erst über die Prüfungen sagen? Während das Rennpferd vor einer großen Konkurrenz in denkbar bester Weise begibt und gepflegt wird, steht der Prüfungskandidat unter den schlechtesten äußeren Verhältnissen. Unsere Examina sind viel eher körperliche Torturen.

Der möglichste Selbstmörder. Ein Bauer aus einem in der Nähe von Toulouse gelegenen Städtchen, der Lebensüberdrüssig geworden war, hatte den Plan gefaßt, alle seine Vermögensgegenstände zu vernichten, um seiner Frau, die ihn betrogen hatte, und den anderen Erben ein Schicksal zu schlagen. Zu diesem Zweck schloß er in der Nacht auf der Straße aus seinen Möbelschäden, Wäsche und Kleider einen Scheiterhaufen, auf den er die in seinem Besitz befindlichen Banknoten und Wertpapiere legte; dann zündete er alles an. Als die Flammen aufstiegen, stürzte er sich in einen in der Nähe befindlichen Teich. Im Wasser aber kam ihm die Erinnerung, daß er 1500 Franc in Goldstücken in einem Schrank seines Zimmers vergessen hatte; er stürzte sofort wieder heraus, um das Gold zu holen und ins Feuer zu werfen. Das kalte Bad hatte aber seine Nerven beruhigt, und er machte, als er im Hause angekommen war, ein gutes Feuer, an dem er sich trocknete, um sich dann, von seinen Selbstmordgedanken geheilt, zu Bett zu legen. Inzwischen hatten sich der Bürgermeister, die Nachbarn und die Gendarmen, die der Feuerfährnis beigegeben hatte, bemüht, aus den Flammen zu retten, was zu retten war, und es war ihnen auch gelungen, ein paar Möbel und halbverkohlte Banknoten in Sicherheit zu bringen.

25 Millionen Frauen zuviel. Der Frauenüberschuß Europas ist infolge des Krieges gewaltig gestiegen. Nach einer Berechnung des statistischen Reichsamtes betrug vor dem Weltkrieg bei rund 460 Millionen Bewohnern Europas der gesamte Frauenüberschuß ungefähr 9½ Millionen. Inzwischen ist die Bevölkerung Europas auf etwa 475 Millionen gestiegen, von denen ungefähr 250 Millionen Frauen sind, so daß es 25 Millionen Frauen mehr als Männer gibt. Auf 1000 Männer kamen vor dem Kriege 1038 Frauen, jetzt 1111. Dabei bestand früher der Überschuß zum erheblichen Teil aus älteren Frauen, besonders Witwen, während er jetzt zum wesentlichen Teil aus Frauen in heiratsfähigem Alter besteht. Am größten ist die Verschiebung in Rußland, wo auf 1000 Männer vor dem Kriege 1042 Frauen kamen, jetzt 1229. In Deutschland stieg die Zahl von 1026 auf 1100, in Österreich von 1027 auf 1069, in Jugoslawien von 945 auf 1042, in Rumänien von 979 auf 985, in Griechenland von 986 auf 1013, in Belgien von 1017 auf 1033, in Großbritannien von 1067 auf 1093. Gefallen ist der Frauenüberschuß in den Niederlanden von 1020 auf 1010.

Die Kapelle als Frachtgut. Ein Amerikaner hat die Trümmer der berühmten, aus dem Jahre 1350 stammenden Mariäferseilkapelle von Bell-Croix angekauft, die eine Anhöhe in der Nähe des bei Wignion gelegenen Städtchens Villeneuve frönt, und gedenkt die Ruine demnächst auf einem Schiff zu verfrachten, um sie nach den Vereinigten Staaten zu überführen. Das kostbarste Stück dieser Kapellenruine besteht aus einem mit reichem Schnitzwerk versehenen Torbogen, der wahrscheinlich das ursprüngliche Eingangsportal der verfallenen kleinen Kirche geziert hatte. Trotz der energischen Proteste der Einwohner hat der Käufer eine Anzahl Sachverständiger nach Villeneuve geschickt, die den Auftrag haben, für ordnungsmäßige Aufnahme und Verpackung der Ruine zu sorgen. Zu diesem Zweck wird jeder einzelne Stein photographiert und nummeriert; Hunderte von Kisten stehen bereit, um das eigenartige Frachtgut aufzunehmen.

Branntweintrinken als Religion. Eine große Spirituosenfirma in London erhielt kürzlich von einem Geschäftsfreund aus San Francisco ein Schreiben, aus dem ersichtlich ist, welche Geschmackslosigkeiten und Rohheiten unter dem amerikanischen Alkoholverbot möglich sind. „Obgleich unser Land trockengelegt ist,“ so heißt es in dem Briefe, „erlauben es die Gesetze, Whisky unter Zollverschluss zu halten und nach Bedarf aus dem Zollager für kirchliche und medizinische Zwecke Alkohol zu entnehmen und in den Handel zu bringen. Auf Grund dieses Zugeständnisses hat man in Kalifornien jetzt eine neue Religion gestiftet, deren Anhänger mehrmals in der Woche sich zu einer Abendmahlsfeier zusammenfinden, bei der sie gehalten sind, so viel Whisky zu trinken, wie sie schädlicherweise zu sich nehmen können. Es erübrigt sich, zu bemerken, daß jedermann Mitglied dieser neuen Religionsgemeinschaft werden will, und die Folge dieses Andranges von Gläubigen kommt daher in einer scharfen Steigerung der Nachfrage nach Whisky für kirchliche Zwecke zum Ausdruck. Die Polizei ist dieser „kirchlichen Feier“ gegenüber machtlos, da die Gerichte zu ihren Gunsten entschieden haben, so daß der Polizei nichts weiter übrigbleibt, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen.“ Die Geschichte klingt etwas — amerikanisch; jedenfalls könnte es den Gerichten nicht schwer fallen, gegen eine solche Umgehung des Gesetzes einzuschreiten, wenn sie den Willen dazu hätten.

Der Gefandte als Sklavenhalter. Nach Meldungen englischer Blätter hat sich in Abyssinien seit dem Tode Kaiser Menelik die Sklaverei wieder ausgebreitet. Reisende, die aus der Landeshauptstadt Addis Abeba und aus den südlichen Provinzen des Landes zurückgekehrt sind, beschreiben mit höchster Entrüstung die Sklavenjagden, die gegen Nachbarstämme unternommen werden, und berichten, daß Sklavenmärkte wie in alten Zeiten abgehalten werden. Die Sklavenhändler sind fast alle Mohammedaner, aber die Käufer setzen sich zum großen Teil aus der christlichen Bevölkerung zusammen, und einige Berichtserstatter lenken die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die Tatsache, daß sogar die britische Gefandtschaft in Addis Abeba Sklaven hält. Die Menschenjagden haben weite Gebiete entvölkert und sie wieder zur Wüste werden lassen.

Der Klub der Weltumsegler. Ein weltumspannender Klub, von dem man wenig weiß, und der, wie man begreift, auch nicht für jedermann ist, ist der Klub der Weltumsegler. Dieser Klub, in den man nur aufgenommen werden kann, wenn man wirklich rund um die Erde herumgekommen ist, soll eine Art geheimer Gesellschaft sein. Er zählt heute 350 Mitglieder. Sie und da hört man, daß einige von ihnen kleinere Reisen zusammen unternehmen, aber womit sich der Klub sonst abgibt, davon verlautet in der Öffentlichkeit gar nichts. Die Namen der Mitglieder werden in einer Urkunde feierlich verzeichnet. An ihrer Spitze steht Fernao de Magalhães, der vor 400 Jahren die Welt umsegelte, dann folgen die berühmten Namen von Sir Francis Drake, Kapitän Cook und Jules Verne. Ob diese aktive Mitglieder gewesen sind oder ob ihnen erst einige Zeit, nachdem sie ihre letzte Reise angetreten hatten, die Ehre der Mitgliedschaft zuteil geworden ist — darüber verlautet nichts Näheres. Untergruppen des Klubs bestehen in Montreal, New York, Buenos-Aires und Melbourne.

Wieviel Hitze kann der Mensch vertragen. Magt uns große Hitze, so liegt ein gewisser Trost in der Vorstellung, daß die Bewohner anderer Länder noch größere Hitze ertragen müssen. In Afrika, dem wärmsten aller Erdteile, gehören Temperaturen von 50 Grad Celsius nicht zu den Seltenheiten, und Livingstone war schon sehr vergnügt, als er an den Ufern des Zambesi im Januar zur Mittagszeit, nachdem das Thermometer bei Sonnenaufgang mit 30 Grad Celsius eingeseht hatte, im kühleren Schatten nur 37,7 Grad Celsius auszuhalten hatte. Im Sommer 1845 betrug in Mittelafraka die Wärme der Luft täglich im Maximum 44,4 bis 46,6 Grad Celsius im Schatten und 60 bis 65,4 Grad Celsius in der Sonne. Im Himalaya zeigte das Thermometer im Dezember 9 Uhr morgens bei einer Höhe von 10 000 Fuß in der Sonne 55,5 Grad Celsius, während die Temperatur des auf dem Boden liegenden Schnees — 5,6 Grad Celsius betrug. Ähnliche Beobachtungen sind in den Schneeregionen der Alpen gemacht worden. Im Seeverkehr sind am meisten das Rote Meer und der Persische Golf gefürchtet. Unter Deck der Dampfer herrschen hier trotz der vorzüglichen Ventilatoren Temperaturen zwischen 50 und 60 Grad Celsius, wobei die Leute vor den Kesselfeuern unentwegt ihren Dienst verrichten müssen. Tatsächlich vermag der Mensch weit höhere Hitzeergrade zu ertragen, als gemeinhin angenommen wird. Es ist erwiesen, daß der menschliche Körper ohne irgendwelche übliche Folgen eine Hitze auszuhalten vermag, die genügend ist, um ein Beefsteak zu braten.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Gefährtes Mordverbrechen. Vor dem Schwurgericht in Essen a. d. Ruhr hatten sich die Vergleute Dmulegt und Schufel aus Vortrop zu verantworten. Beide hatten in der Nacht zum 13. Februar in der Nähe einer Schachtanlage den 34jährigen Müller Korbel in räuberischer Absicht überfallen und bestialisch abgeschlachtet. Das Schwurgericht verurteilte Dmulegt zum Tode, Schufel zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe.

§ Ein Raubmördertrio. Von dem Schwurgericht Kottbus wurden die aus Berlin stammenden „Arbeiter“ Großmann, Langabel und Mucha wegen Raubmordes verurteilt. Die Angeklagten hatten am 6. April dieses Jahres bei Wolfshain den Kassenboten Oesterreich von den Vereinigten Niederlausitzer Glashüttenwerken, der 303 000 Mark von Reichswasser nach Eßernitz brachte, niedergeschossen und beraubt. Ein vierter Räuber erschoss sich gleich nach der Tat. Mucha wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt; Großmann erhielt 2 Jahre 6 Monate, Langabel 10 Jahre 3 Monate Zuchthaus.

§ Eine fünfzehnjährige Mörderin verurteilt. Vor etwa einem Jahre hatte man die neunjährige Tochter Ade des Gastwirts Hohmann in Stasfurt mit durchschnittener Kehle aufgefunden. Als der Tat verdächtig war das damals 15jährige Dienstmädchen Hertha Szemtus verhaftet worden. Sie hatte die Tat anfangs eingestanden, später aber wieder abgeleugnet. In der letzten dreitägigen Verhandlung vor dem Landgericht in Magdeburg dagegen wurde festgestellt, daß die Angeklagte das Kind ermordet hatte, weil diesem zahlreiche Diebstähle bekannt waren, die die Angeklagte verübt hatte. Der Staatsanwalt beantragte wegen Mordes und Diebstahls eine Gefängnisstrafe von zehn Jahren einem Monat Gefängnis das Gericht erkannte auf sechs Jahre drei Tage Gefängnis wegen Totschlags und Diebstahls.

Schriftleitung: Wilh. Bell, Halver i. Westf.

Am Rierspe.

Gemäß der D. R. P. B. vom 25. 1. 1893, Amtsblatt Seite 451, dürfen Hunde, die während der Feld- oder Waldbarbeit mitgeführt werden, nicht frei umherlaufen, sondern müssen angeleitet werden. Da die wildernden Hunde überhand nehmen, wird erneut darauf hingewiesen, daß Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe bis 200.— Mk., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft werden.

Rierspe, den 28. Juni 1922.

Die Polizeiverwaltung.

Das Sammeln von Beeren u. Pilzen

wird auf Grund der Reg.-Pol.-Ver. v. 20. 4. 82. verboten, jedoch bei Erlaubnis von Erlaubnischein, welche zu 10 Mk. bei Förstern, Wirten usw. zu haben sind, gestattet.

Die Vereinigten Waldbau-Bereine

Walbert, Meinerzhagen, Rierspe, Königsf., Lüdenscheld, Herscheid.

Habe stets auf Lager:

Damen-Kleider	Herren-Anzüge
Damen-Mäntel	gestreifte Hosen
Kostümröcke	Sommer-Jacken
Blusen	usw. usw.

Paul Schulte, Halver-
Oberherweg Nr. 1

Geschäftsbücher empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute nachmittag, 4 Uhr verschied plötzlich nach kurzer Krankheit unser lieber Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Adolf Vormann

im Alter von beinahe 61 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Halver, den 1. Juli 1922.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juli nachmittags 3½ Uhr vom Trauerhause aus statt.

Trauerbesuche dankend verboten.

(Staatsmedaille, goldene Ausstellungspreise)
PIANOS
mit Klangsteg
D. R. G. M. 458 403
Flügel, Harmoniums und
Kunstspiel-Instrumente
unübertroffen an Qualität
und Preiswürdigkeit
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügel-Fabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

Federwaren

Damenhandtäschchen
Besuchstäschchen
Aktenmappen
Briefstaschen
Geldscheintaschen
Portemonnaies

kaufen Sie noch preiswert!
Wilh. Bell jr., Halver.

Betten



**Bettfedern
Bettbarchent**

alles einzeln oder komplett, billig zu haben im

Bettenhaus Boß,
Hagen, Gartenstr. 11.
Straßenbahnhaltestelle Markt.

la. Schwämme

empfeht
Wilh. Bell jr., Halver.

Drogerie H. vom Hofe,

Schalksmühle
Bahnhofstr. 2 Telefon 171

empfeht
Hundekuchen, bestes Hundekraut,
Zuckersirup für Ungeziefer,
Wurmmittel für große und kleine Rassen,
Herbold für Staupe.

Thüringer Schweinemastpulver,
Phosphat bestes Nährmittel für Schweine,
Brockmanns Futterkalk.

Wanzenmittel,
Goldgeist für Kopfläuse,
Fliegenfänger.

Tabak

empfeht
Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Ronjum-Berein Halver e. G. m. b. H.

Um für unsere Mitglieder rechtzeitig den Winterbedarf an

**Weiß- und Rothkohl,
sowie Zwiebeln**

eindeuten zu können, bitten wir, den Bedarf bis zum 15. ds. Mts. in den Verkaufsstellen angeben zu wollen. Es ist dieses erforderlich, um nachher Ware zu bekommen.

Der Preis bestimmt sich nach den Verhältnissen am Lieferungsstage.

Der Vorstand.

Inferate

für die
Tagesausgabe
erbitten wir bis spätestens
3 Uhr nachm.
tags vorher.

Größere Anzeigen
wollen man früher aufgeben, da sonst für eine schöne Ausstattung und gute Platzierung keine Gewähr übernommen werden kann.

Der Verlag